Stadt Troisdorf Datum: 03.04.2020
Der Bürgermeister
Az:

Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2020/0358 öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Jugendhilfeausschuss)	05.05.2020			

Betreff: Aktueller Stand zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kinder- und Jugendhilfe in Troisdorf

Mitteilungstext:

Der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Troisdorf ist durch die Corona-Krise insbesondere seit der Schließung der kinderbetreuenden Einrichtungen ab dem 16.03.2020 in vielfältiger Weise betroffen. Hierüber berichtet die Stadt im Rahmen ihres Internet-Auftritts regelmäßig und ausführlich. Des Weiteren ist regelmäßig über die (teilweise) Schließung für den Publikumsverkehr der städtischen Zentralverwaltung sowie in den Nebenstellen berichtet worden.

Neben diesen weitestgehend bekannten Auswirkungen der Corona-Krise sind allerdings auch andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe in erheblichem Maße betroffen.

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind wie die kinderbetreuenden Einrichtungen seit dem 16.03.2020 geschlossen. Ebenso können seitdem keine Maßnahmen der Jugendverbände und –vereine, welche im Wesentlichen durch das Jugendförderprogramm der Stadt gefördert werden, mehr stattfinden. Dies betrifft auch Gruppenangebote der Psychologischen Erziehungsberatungsstelle insbesondere in den Bereichen Kindertherapie und Psychomotorik für Kinder sowie die Ferienangebote in den Stadtteilhäusern Spich und Friedrich-Wilhelm-Hütte. Die öffentlichen Spiel- und Bolzflächen sind seit dem 18.03.2020 geschlossen.

In den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden aktuell unterschiedliche Konzepte für alternative Angebote über z.B. die Sozialen Medien erprobt und durchgeführt. Es ist aber nachvollziehbar, dass die Kinder- und Jugendzentren, die von der lebendigen und direkten Begegnung im Gruppenkontext leben, hierdurch nicht ihr volles Potential ausschöpfen können.

Daneben arbeiten die Einrichtungen aktuell verstärkt an Aufgaben, zu denen man im Alltagsbetrieb weniger kommt wie Aufräumarbeiten, notwendige bauliche Maßnahmen, Overheadorganisationen, Aktualisierung von Hausordnungen oder

Richtlinien sowie die Erarbeitung von neuen pädagogischen Konzeptionen. Des Weiteren sind zurzeit auch die Jahresberichte für den Wirksamkeitsdialog zu erstellen und entsprechende Empfehlungen für den Jugendhilfeausschuss vorzubereiten. Inwieweit die für dieses Jahr mit allen Trägern geplante Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden kann, bleibt abzuwarten.

Auch der Soziale Dienst des Jugendamtes ist von der Corona-Krise direkt betroffen.

Zum einen muss hier, auch mit krankheitsbedingt höheren Ausfällen, systematisch sichergestellt werden, dass Kindeswohlgefährdungen regelmäßig und zeitnah überprüft und erforderliche Maßnahmen wie Inobhutnahmen eingeleitet werden können. Der Tagesdienst muss ebenso sichergestellt werden wie die Teilnahme an Gerichtsverfahren.

Des Weiteren ist für diesen Aufgabenbereich die Entwicklung bei den freien Trägern, welche ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen der Erziehungs- bzw. Eingliederungshilfen anbieten, und auf deren Funktionsfähigkeit die Jugendämter angewiesen sind, ausschlaggebend. Daher steht das Jugendamt in regelmäßigem Austausch mit Trägern, um da, wo es erforderlich ist, alternative Angebotsmodelle mit diesen zu entwickeln und umzusetzen. Mit den Trägern von stationären Maßnahmen wird alles Mögliche versucht, um sicherzustellen, dass Kinder oder Jugendliche nicht nach Hause entlassen werden müssen, wenn dies eine Kindeswohlgefährdung wahrscheinlich machen würde.

Aufgrund von Corona können nun aber zunehmend mehr Träger keine neuen Kinder bzw. Jugendlichen mehr aufnehmen, was gerade, wenn die Maßnahme aufgrund drohender Kindeswohlgefährdung zeitnah erforderlich ist wie insbesondere bei Inobhutnahmen, höchstproblematisch werden kann. Auch wenn das Jugendamt fachgerecht den Gefährdungsmeldungen nachkommt, so ist es doch darauf angewiesen, dass Einrichtungsträger diese Kinder dann auch aufnehmen.

Zur Verbesserung der Inobhutnahme-Möglichkeiten sind daher in einem ersten Schritt alle Vollzeitpflegeeltern, welche durch den Troisdorfer Pflegekinderdienst betreut werden, angefragt worden, ob diese ggfls. auch als Bereitschaftspflege (= Inobhutnahmestelle für jüngere Kinder) zur Verfügung stehen würden. Hier konnten erfreulicherweise einige Interessierte ausgemacht werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Wächterfunktion des Jugendamtes aktuell noch gut sichergestellt werden kann. Es ist aber auch festzustellen, dass bei vielen Familien, welche erzieherischen Bedarf haben, die aktuelle Situation der weitgehenden Schließung von kinderbetreuenden Einrichtungen, Schulen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, den rückläufigen Erziehungshilfe-Angeboten der freien Träger und den geschlossenen Spielplätzen, neben allen anderen Corona-bedingten Einschränkungen für alle Menschen, mit zunehmender Dauer eine erhebliche Problemverschärfung eintreten wird.

Insofern ist es für das Jugendamt gerade jetzt besonders wichtig, den Kontakt zu

diesen Familien nicht abreißen zu lassen, und in der Planung und Umsetzung von Hilfen auch ganz unkonventionelle Wege zu entwickeln.

In Vertretung

Tanja Gaspers
Erste Beigeordnete